

**Mitteilung der Verwaltung
Vorlage Nr.: 20160369**

Status: öffentlich
Datum: 22.02.2016
Verfasser/in: Birgitta Gronau
Fachbereich: Gleichstellungsstelle

Bezeichnung der Vorlage:

Gender Mainstreaming - eine Standortbestimmung für Bochum

Bezug:

Beratungsfolge:

Gremien:

Frauenbeirat

Sitzungstermin:

08.03.2016

Zuständigkeit:

Kenntnisnahme

Wortlaut:

Gender Mainstreaming – eine Standortbestimmung für Bochum

Ausgangslage

In Bochum hat der Verwaltungsvorstand im Jahr 2003 beschlossen, die Strategie Gender Mainstreaming (Grundlagen siehe Anlage) umzusetzen.

Basis für die Ausgestaltung auf kommunaler Ebene sind, neben EU-Recht und Grundgesetz, weitere rechtliche Regelungen, in denen Gender Mainstreaming bzw. das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit festgeschrieben ist, z. B.:

- das Baugesetzbuch (BauGB),
- die UN-Behindertenrechtskonvention,
- das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst NRW (ÖGDG),
- das SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfegesetz und das Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW (3. AG – KJHG – KJFöG),
- das Schulgesetz NRW,
- das Sozialgesetzbuch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitsuchende,
- das Integrationsgesetz NRW,
- das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG NRW).

Deshalb wurde in Bochum in etlichen Konzepten Gender Mainstreaming strategisch verankert und ist damit Grundlage für die konkrete Ausgestaltung in der Fachverwaltung, u. a.

- im Leitbild zum integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept für Bochum-Wattenscheid,
- in der Geschäftsordnung für die Kommunale Gesundheitskonferenz,
- in der Geschäftsordnung für die Kommunale Inklusionskonferenz,
- im Kinder- und Jugendförderplan 2015 – 2020,
- im Audit Familiengerechte Kommune,
- in der Kooperationsvereinbarung zum „Jobcenter Bochum“,
- im Integrationskonzept,
- im Nahverkehrsplan.

Praxis

Die praktische Umsetzung ist in den verschiedenen Handlungsfeldern unterschiedlich weit fortgeschritten und tritt zudem nicht überall sichtbar an die Oberfläche. In einigen Fachbereichen gibt es eine solide Umsetzung, in anderen noch deutliches Umsetzungspotential.

Im Folgenden werden einige Beispiele angerissen, **eine ausführliche Dokumentation wird in der Sitzung des Frauenbeirates im Rahmen eines Vortrages und auf Schautafeln vorgestellt.**

Im Handlungsfeld **Stadtentwicklung** wurde im Laufe der Jahre bereits eine ganz Reihe von Projekten durchgeführt, bei denen die Anwendung von Gender Mainstreaming bzw. eine Genderberatung zu einer Qualitätssteigerung beitragen konnte, z. B. bei den Planungen zum Kulturwirtschaftlichen Gründungszentrum Lothringen, zum Gesundheitscampus und zum Projekt Ostpark – Neues Wohnen.

Aktuell kann in den integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten die Strategie dazu beitragen, die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger möglichst differenziert zu erfassen. Das ist u. a. durch verschiedene Formen der Beteiligung, etwa im Rahmen des Sicherheitsaudits zur städtebaulichen Kriminalprävention und durch die Arbeit der Stadtteilbüros möglich. Das Sicherheitsaudit ist gleichzeitig ein gutes Beispiel dafür, wie Konzepte, die aus der „Frauen-Stadtplanung“ kommen und ein fester Bestandteil des Gender Planning sind, dazu beitragen können, die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürgern und damit die Qualität und die gleichberechtigte Nutzbarkeit von Stadtraum durch Frauen und Männer zu verbessern. Die **Sozialberichterstattung** bietet bereits seit Jahren geschlechterdifferenzierte Daten als Grundlage für Politik und Verwaltung. Gleiches gilt für die **Gesundheitsberichterstattung**. In den Berichten werden u. a. auch Unterschiede in der Entwicklung von Frauen- und Männergesundheit und familiären Lebenssituationen abgebildet. Hinzu kommen weitere Faktoren, wie z. B. Alter und finanzielle Lage. Darauf basierend können zielgruppenspezifische Maßnahmen entwickelt werden.

- Die Kommunale Gesundheitskonferenz hat, aus den Erkenntnissen heraus, beratend eine Arbeitsgruppe „Frauen und Mädchen“ eingerichtet, die u. a. eine Informationsbroschüre „Pränatale Diagnostik“ herausgegeben und eine Fachtagung und Ausstellung zum Thema weibliche Genitalverstümmelung durchgeführt hat.

- Das Bundes-Projekt „Netzwerk A – wirksame Hilfen für Alleinerziehende in Bochum“ wurde durchgeführt, um die Beratungslandschaft zu vernetzen und die Lebenssituation der Ein-Eltern-Familien zu untersuchen und zu verbessern. Seitdem gibt es eine umfangreiche Broschüre für Alleinerziehende und eine Anlaufstelle zur individuellen Beratung.

- In der Rahmenvereinbarung über die Seniorenbüros Bochum wurde, um der Vielfalt der Personengruppe gerecht zu werden, Diversity verankert. In der Arbeit der Büros wird Wert gelegt auf zielgruppendifferenzierte Angebote. Deutlich wird, dass mehr Frauen als Männer die Angebote nutzen. Hier gilt es, die Männer besser zu erreichen. Der eingerichtete telefonische Besuchsdienst kann auch dazu beitragen, die vermutete Hemmschwelle für eine Kontaktaufnahme mit dem Seniorenbüro zu senken.

„**Offene Kinder- und Jugendarbeit** berücksichtigt in der pädagogischen Arbeit soziale Lebenslagen, Geschlechtergerechtigkeit, interkulturelle Bildung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ (Kinder- und Jugendförderplan 2015 – 2020). So sollen etwa im Rahmen von Präventionsangeboten in der Hustadt und im Westend in Zusammenarbeit mit den Akteuren in den jeweiligen Sozialräumen Maßnahmen und Projekte zur Lebensgestaltung, zum Demokratieverständnis und zu Geschlechterrollen initiiert und umgesetzt werden. Projekte zur Stärkung von Mädchen sind das Internationale Mädchencafé in Wattenscheid, ein Betreuungsangebot für benachteiligte Mädchen mit Migrationshintergrund im Mobilien Treff in Dahlhausen, „Starke Mädchen Laer“ und „Starke Mädchen – Bunte Schule“.

Im Handlungsfeld **Bildung** ist Gender Mainstreaming u. a. im Übergangssystem „Kein Abschluss ohne Anschluss“ verankert und wird in Bochum durch die kommunale Koordinierungsstelle im Schulverwaltungsamt umgesetzt.

In der Öffentlichkeitsarbeit des Amtes wird auf geschlechtersensible Gestaltung der Infobroschüren in Wort und Bild geachtet.

Zurzeit wird die „Gesamtstrategie Integration durch Bildung - für Seiteneinsteiger_innen“ erarbeitet. Der Gender-Aspekt soll hier ebenfalls implementiert werden, um deutlich zu machen, dass Bildung ein wichtiges Vehikel zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit bei der Integration ist.

Geschlechtergerechtigkeit ist auch in der **Kultur** ein Thema. Stadtarchiv, Gleichstellungsstelle und Frauenbeirat haben dazu beigetragen, die Reihe bekannter Bochumer Persönlichkeiten im Internetauftritt der Stadt um die Porträts historischer und zeitgenössischer Frauen zu ergänzen. Die VHS bietet regelmäßig, in Kooperation mit dem Frauenarchiv aus Zeiten e.V., einen Frauen-Stadtrundgang an, um darauf aufmerksam zu machen, dass es in Bochum neben bekannten Männerpersönlichkeiten schon immer auch wichtige Frauen gegeben hat. Zum „blicke - filmfestival des ruhrgebiets“ wurde 2015 erstmalig ein Sonderpreis zum Thema „Gender“ ausgelobt.

Im Handlungsfeld **Erwerbsleben** wurde u. a. Gender Mainstreaming in die Kooperationsvereinbarung zum „Jobcenter Bochum“ aufgenommen. Beispielhaft für eine praktische Umsetzung sind Angebote im Rahmen des „Aktionsplan für Alleinerziehende“, wie Beratungen und Qualifizierungsmaßnahmen. Das Programm „Stark im Beruf“ richtet sich an die Zielgruppe Mütter mit Migrationshintergrund. Es ist eine Kooperation des Bildungszentrums des Handels mit Jobcenter, Agentur für Arbeit, Netzwerk A - wirksame Hilfen für Alleinerziehende und Kommunalem Integrationszentrum der Stadt Bochum. Bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt ist „Competentia“, das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Mittleres Ruhrgebiet. Der Fokus des Landesprojekts ist auf kleine und mittelständische Unternehmen gerichtet ist, z. B. um die Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Die **Stadt Bochum als Arbeitgeberin** hat Gender Mainstreaming, als Ergänzung zur Frauenförderung, ebenfalls konzeptionell verankert, z. B. in den Grundsätzen für Führung und Zusammenarbeit oder im Bereich Gesundheitsförderung. Der Personalstrukturbericht als Grundlage für die Personalentwicklung ist geschlechterdifferenziert und bildet so auch die Basis für den Frauenförderplan, der auf dem Ergebnis einer Gender-Analyse beruht.

Bewertung

Die praktische Anwendung des Prinzips Gender Mainstreaming in Kommunalverwaltung und -politik sieht idealtypisch vor, dass alle Beschlüsse und Maßnahmen in allen Phasen eines Planungs- und Entscheidungsprozesses systematisch daraufhin überprüft werden,

- welche Zielgruppen betroffen sind,
- wer an einer Entscheidung beteiligt ist (Repräsentanz von Frauen und Männern),
- wie sich eine Entscheidung oder Maßnahme auf Frauen und Männer auswirkt, z. B. ob Frauen von der geplanten Maßnahme im täglichen Leben anders betroffen werden als Männer,
- ob die Unterschiede in den Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern berücksichtigt wurden (im Hinblick auf Rechte, Ressourcen, Beteiligung, Werte, Normen),
- in welcher Weise eine geplante Maßnahme die besonderen Lebenslagen von Frauen oder Männern verbessert,
- ob Maßnahmen möglicherweise Ungleichheiten (re-)produzieren oder geeignet sind, diese abzubauen.

Die Gender-Analyse durch geschlechterdifferenzierte Erhebung und Auswertung von Daten wird in den verschiedenen Berichten der Verwaltung bereits konsequent durchgeführt. Dies ist die Grundlage dafür, bei Entscheidungen die Geschlechterperspektive zu berücksichtigen. In etlichen Maßnahmen der Fachverwaltung kommt Gender Mainstreaming auch schon zur Anwendung. Das Ergebnis sind passgenauere Angebote und eine Qualitätssteigerung der kommunalen Dienstleistungen. Häufig wird die Strategie aber nicht konsequent von der Analyse über die Maßnahme bis hin zur Auswertung durchgehalten, noch seltener benannt bzw. dokumentiert. In der Folge steckt in Mitteilungen und Beschlussvorlagen der Verwaltung oft „Gender“, wird aber dort nicht „deklariert“.

Für die Weiterentwicklung wäre das aber wichtig, besonders auch als Motivation für Fachbereiche, in denen „Gender“ noch nicht im Alltagshandeln immanent ist und vielleicht als sperrig, schwer zu fassen und aufwändig begriffen wird.

Ausblick

Die vorgelegte Bestandsaufnahme zur Umsetzung im Verwaltungshandeln zeigt, dass es sich um einen Prozess handelt, der – 2003 angestoßen – im Fluss ist.

Aufgaben für die Zukunft werden sein, Gender in den konkreten Aufgabenfeldern der Ämter, die die Strategie bereits anwenden, zu festigen und neue Ämter dazuzugewinnen. Dies geschieht u. a. durch:

- kontinuierliche Sensibilisierung, beratende Gespräche, Beteiligung der Gleichstellungsstelle an Prozessen der Fachverwaltung, Schulungen von Beschäftigten und ihrer Führungskräfte zu Genderkompetenz,
- genaue Beschreibung der Ziele und Maßnahmen, die sich aus der Genderanalyse ergeben,
- Untersuchung und Ausrichtung der Förderrichtlinien im Kultur- oder Sportbereich im Hinblick auf die geschlechtergerechte Verteilung von öffentlichen Mitteln,
- stärkere Nutzung der Expertise der Hochschulen in Bochum (UniverCity),
- sichtbar machen der Geschlechterrelevanz von Beschlüssen. Damit wird ermöglicht, dass dieser Aspekt in die Entscheidungsfindung systematisch und selbstbewusst mit einbezogen werden kann.

Auf der kommunalpolitischen Ebene hat der Frauenbeirat das Thema Gender Mainstreaming von Anfang an als ein Kernthema betrachtet und begleitet. In einem gemeinsamen Projekt mit der Ruhr-Universität Bochum im Rahmen von UniverCity „Wissenschaft und Politik gehen Hand in Hand – Gender Mainstreaming im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis am Beispiel der Stadt Bochum“, wurde untersucht, in wie weit das Thema Geschlechtergerechtigkeit/Gender Mainstreaming in der politischen Arbeit eine Rolle spielt. Ein Ergebnis war, dass für die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit gilt, die Wege für das Zusammenspiel von Politik und Verwaltung weiterzuentwickeln.

Denn: Gemeinsames Ziel ist es, dass Frauen und Männer in Bochum unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihrem Alter, ihrer sexuellen Orientierung und ihrer finanziellen Möglichkeiten gleichberechtigt leben. Insofern ist eine Betrachtung nach Gender die Basis für eine differenzierte, an den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürgern orientierte Kommune. Damit wird die Methodik Gender Mainstreaming fortgeführt und der Blick für Vielfalt geöffnet.

Anlagen:

Gender Mainstreaming Grundlagen